sie als alarmierendes Signal auf die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere auf das Heer der Erwerbslosen wirken müssen. Nur eine Frage kann es gegenwärtig geben, die die Arbeiterklasse gegenüber diesen Ungeheuerlichkeiten zu stellen hat: Wie verhindern wir diesen ungeheuerlichen Anschlag auf die nacktesten Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung, was ist zu tun zur Abwehr dieses neuen Anschlages? Dabei ist eines der großen Masse der deutschen Arbeiter klar: Zur Abwehr dieser neuen Pläne und Hungermaßnahmen bedarf es der geschlossenen Einheit der Arbeiterklasse zur Durchführung des Kampfes gegen diese Hungerpolitik. Darum ist die Frage nach der Schaffung der proletarischen Einheitsfront heute nicht mehr eine Frage über taktische Entscheidungen in der Zukunft, sondern eine Frage des unmittelbaren gegenwärtigen Kampfes gegen eine vor der Tür stehende unmittelbare Bedrohung der einfachsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse.

Die Kommunisten wollen diese Einheitsfront zu allen bevorstehenden Kämpfen. Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD und des Reichskomitees der RGO ist das ernste Bekenntnis der Bereitschaft zur Schaffung dieser proletarischen Einheitsfront für den Kampf gegen Hunger und Elend, für Arbeit und Brot. In den breitesten Arbeitermassen hat dieser Appell zur proletarischen Einheitsfront die tiefste und nachhaltigste Wirkung ausgelöst und die Frage nach der konkreten Schaffung der Einheitsfront, nach ihren Formen und ihren Organen in allen Teilen der Arbeiterklasse, unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt.

Was haben die sozialdemokratischen Führer mit diesem ehrlichen und ernsten Einheitsfrontappell der Kommunisten zu machen versucht? Nach alter Uebung haben sie versucht, diesen Appell zur proletarischen Einheitsfront zu neuen Manövern, zum Betrug und zur Verwirrung der Arbeiterklasse zu benutzen. Sie fürchten nichts mehr als die wirkliche Kampfeinheit der Arbeiter und sie haben in Wirklichkeit auch nichts mehr zu befürchten. Das hat sogar der geist- und hirnloseste Schwätzer und Hohlkopf, der in Deutschland Politik machen darf, erkannt. Als Adolf Hitler am Abend des 12. März, den er für den Vorabend seiner Reichspräsidentschaft hielt, sich von dem amerikanischen Korrespondenten Knickerbocker ausfragen ließ und ihn dieser Dolmetscher der Interessen der amerikanischen Kapitalanleger auf die eine große Gefahr für seine Präsidentschaft hinwies, nämlich die Gefahr eines aktiven Widerstandes der Gewerkschaften, evtl. sogar durch Ausrufen des Generalstreiks, da konnte selbst der geistlose Schwätzer Hitler die Antwort geben, daß die sozialdemokratischen Führer es niemals wagen würden, die Arbeiter zu einem solchen außerparlamentarischen Kampf aufzurufen, da in diesem Falle die Massen unweigerlich zu den Kommunisten überlaufen würden.

Als das Zentralkomitee der KPD und das Reichskomitee der RGO den Appell zur Schaffung der roten Einheitsfront an alle Arbeiter herausbrachten, erzählten die sozialdemokratischen Führer und ihre Presse den Arbeitern, daß dies das „Eingeständnis des Bankrotts der Kommunistischen Partei" sei und daß dieser Aufruf eine Aenderung der Linie der Kommunisten darstelle. Diese Lügen hatten keinen anderen Zweck, als den, diesen Einheitsfrontappell der Kommunisten in den Augen der Arbeiter zu verfälschen, um die Arbeiter von der Bildung einer wirklichen Einheitsfront abzuhalten. Nachdem so die sozialdemokratischen Spezialisten im Arbeiterbetrug vor den Massen den Versuch der Verfälschung unseres Einheitsfrontangebotes gemacht haben, schreien sie jetzt erneut „Verrat" und zetern darüber, daß wir Kommunisten mit ihnen, daß heißt, mit den sozialdemokratischen Führern nun doch keine Einheitsfront wollen. Und in einem haben sie völlig recht, eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Führern wollen wir nicht und haben wir nicht gewollt. Eine solche Einheitsfront würde bedeuten: Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der sozialdemokratischen Politik der Stützung und Tolerierung der bürgerlichen Klassenherrschaft. Wir wollen keine Einheitsfront mit den verräterischen sozialdemokratischen Führern, aber wir wollen die Einheit der Arbeiter, die Einheitsfront insbesondere mit den sozialdemokratischen und in reformistischen Organisationen organisierten Arbeitern zur Durchsetzung ihrer Forderungen und zur Führung ihres Kampfes um ihre nackten Lebensinteressen.

Um an einem Beispiel politischer Aktualität die Frage der Schaffung der proletarischen Einheitsfront zu demonstrieren, sei hier einiges gesagt zur Lage in Preußen und zur Taktik der Kommunisten im preußischen Parlament. Täglich beschäftigt sich die gesamte deutsche Presse und insbesondere natürlich die sozialdemokratische Presse mit der Frage: Was tun die Kommunisten im preußischen Parlament? Insbesondere ist es die Sozialdemokratie, die nahezu täglich den Arbeitern erzählt, daß die Kommunisten die Verantwortung für die Dinge in Preußen tragen und am 25. April erzählte sogar die Leipziger Volkszeitung, daß „Preußen sich in der Hand der Kommunisten" befinden würde. Wir erlauben uns jedoch hier die Frage: Wer trägt die Verantwortung für die Entwicklung der Dinge in Preußen? War die KPD in der preußischen Regierung? Oder war es nicht vielmehr die Sozialdemokratie, die durch ihre 14jährige Regierungspolitik in Preußen den Faschismus hochgepäppelt und durch jene fortgesetzte Diskreditierung des Sozialismus und Verfälschung des Marxismus dem Faschismus immer neue Massen zugetrieben hat? Für die Lage in Preußen, für das Vorhandensein jenes starken Naziflügels im Landtag als Ausdruck des Anwachsens der faschistischen Massenbewegung, jenes Naziflügels, der sich heute anschickt, mit der führenden Partei des deutschen Finanzkapitals, dem bisherigen Koalitionspartner der SPD, dem Zentrum zusammen, die legale Regierungsmacht zu übernehmen, um den faschistischen Kurs in Deutschland ein erhebliches Stück vorwärtszutreiben, trägt die volle Verantwortung die Sozialdemokratie und ihre Politik des „kleineren Uebels".

Wir wollen gern glauben, daß die Lage, in der sich die Sozialdemokratie heute befindet, für sie keine angenehme ist. Nachdem sie im Jahre 1930 im Reiche den Fußtritt durch den Hinauswurf der Müllerregierung erhalten hat, nachdem sie während zweier Jahren Tolerierungspolitik versucht hat, sich ihre Positionen im Staatsapparat zu erhalten, zeigt sich heute vor der Arbeiterklasse in voller Klarheit der völlige Bankrott dieser Politik. Nichts zeigte dies deutlicher als die letzten Vorgänge in der Reichsregierung. Während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Parlament wieder einmal der Regierung Brüning-Groener das Vertrauen aussprach, wurde derselbe Groener, dem die SPD-Fraktion soeben noch ihr Vertrauen votierte, schon durch die unter allerhöchster Protektion arbeitende Generalsklique, die auf die Militärdiktatur mit Einbeziehung Hitlers und seiner SA hinarbeitet, gestürzt und die sozialdemokratischen Führer saßen da wie die begossenen Pudel, sowie sie nach einem Wort von Torgler von der Reichstagstribüne sich wie die „geprügelten Hunde" verhielten, als ihr Parteigenosse Klotz im Reichstagsrestaurant von der Schlägerkolonne der Nazis zusammengehauen wurde.

Ein bemerkenswertes Eingeständnis des Bankrotts der sozialdemokratischen Politik im Reiche und in Preußen macht die Chemnitzer Volksstimme am 9. Mai d. J., die auf die Frage, ob die Sozialdemokratie die Nazis in Preußen heranlassen oder ob sie die Staatspositionen verteidigen solle, folgendes schreibt:

„Die Antwort lautet: die Entscheidung hängt überhaupt nicht mehr von uns ab. Denn selbst wenn wir wollten, so könnten wir das Zentrum nicht hindern, mit den Nationalsozialisten zusammen eine Regierung in Preußen zu bilden."

Am 24. Mai, also morgen, tritt nunmehr der Preußische Landtag erstmalig zusammen. Die Führer der Nazis und der Sozialdemokratie sind voll beschäftigt, sich über unsere Stellungnahme ihre Köpfe zu zerbrechen.

Der Führer der preußischen Nationalsozialisten, W. Kube, beschäftigt sich in ausgedehnten Artikeln in der Nazipresse ganz überflüssigerweise mit der Taktik der Kommunisten im Preußenparlament, wobei das seiner Meinung nach wohl stärkste Argument die fürchterliche Drohung ist, daß, wenn wir Kommunisten im Landtag eine Naziregierung verhindern würden, dies der Anfang vom Ende der KPD sei. Die Sozialdemokraten wiederum prophezeien uns dasselbe Schicksal, wenn wir uns nicht für die Erhaltung der Braun-Severing-Regierung einsetzen, wenn wir also praktisch uns nicht der Politik des „kleineren Uebels" verschreiben und in den sozialdemokratischen Karren einsteigen. Hinter den Argumentationen der sozialdemokratischen Führerschicht steckt nichts anderes als der Wunsch für die kommende Entwicklung in Preußen, für die die Sozialdemokratie voll verantwortlich ist, und bei der die Sozialdemokratie als offener oder stiller Teilhaber irgendwie mit von der Partei sein wird, den Kommunisten die Verantwortung zuzuschieben.

Wenn sozialdemokratische und nationalsozialistische Bonzen, wie ihre intensive Beschäftigung mit der Taktik der Kommunisten in Preußen immerhin annehmen läßt, sich von dieser Beschäftigung irgendwelchen Nutzen versprechen, so kann schon heute gesagt werden, daß sich beide getäuscht sehen werden. Die Taktik der Kommunisten im Preußischen Landtag richtet sich nicht nach irgendwelchen Belehrungen von der einen oder der anderen Agentur der Bourgeoisie. Die Taktik der Kommunisten richtet sich nach den Interessen der Arbeiterklasse. Diese Interessen der Arbeiterklasse sind für die Taktik der Kommunisten in ihrem außerparlamentarischen Kampf wie auch in der Ausnutzung der parlamentarischen Positionen entscheidend und ausschlaggebend. Diese Interessen des Proletariats sind für die Kommunisten jedoch nicht Objekte parlamentarischer Kuhhändelei und Kombinationen, parlamentarischer Schacherei um sozialdemokratische oder nationalsozialistische Parteibuchbeamten. Sozialdemokraten wie Nationalsozialisten machen diese Interessen der Arbeiterklasse zum Objekt ihrer Schiebungen und Kuhhandeleien im Parlament machen. Die Taktik der Kommunisten wird im entscheidenden Maße darauf gerichtet sein, diese Pläne der Bourgeoisie und ihrer Agenturen zu zerschlagen

---

General-Kontrolle

Dienstag, den 24. Mai, abends 17 Uhr, Keglerheim (großer Saal). Alle erwerbslosen Mitglieder der Partei, des Jugendverbandes und der revolutionären Massenorganisationen sind zur Teilnahme verpflichtet. Tagesordnung

Stellungnahme zu den Prager Beschlüssen

UBL der KPD und des KJVD Dresden. Die Leitungen der revolution. Massenorganisationen IAH, IB, RH, Rot Sport

---

1200 Streikende an Saidenbachtalsperre

500 Bauarbeiter neu im Kampf. Wegfall der Verkehrszulage durch Schiedsspruch

Chemnitz, 23. Mai (Eig. Drahtm.)

Wie uns mitgeteilt wird, sind an der Saidenbach-Talsperre erneut 500 Bauarbeiter auf einheitlichen Streikbeschluß hin, in den Streik getreten.

Die Zahl der Streikenden erhöht sich somit auf 1200 Arbeiter.

Wie nachträglich bekannt wird, enthält der Lohnabbauschiedsspruch für das sächsische Baugewerbe eine noch weitergehende Verschlechterung als vorher angenommen wurde. Durch diesen neuen Hungerschiedsspruch soll künftig die Verkehrszulage nur noch für das Stadtgebiet Dresden Geltung haben.

Für die Bauarbeiter von Freital, Radebeul, Kötzschenbroda, Oberlößnitz, Pillnitz, Hosterwitz, Gittersee usw. bedeutet das **eine Lohnsenkung von 1,15 Mark auf 91 Pfennig, also ein Lohnabbau von 24 Pfennig oder um fast 22 Prozent.**

Die Arbeiter der Saidenbachtalsperre geben auch den Arbeitern von Dresden und Umgebung ein glänzendes Beispiel wie der geplante Lohnabbau verhindert werden kann. **Die geschlossene Kampffront auf allen Baustellen und die sofortige Aufnahme des Streiks ist das einzige Mittel durch dessen Anwendung die Bauarbeiter die alten Löhne erhalten und jeden Pfennig Lohnabbau abwehren können.**

Streik der Landarbeiterinnen

Magdeburg, 21. Mai (Eig. Meldung)

Heute früh legten die Landarbeiterinnen der Domäne Egeln wegen Lohndifferenzen restlos die Arbeit nieder. Diese Arbeiterinnen wurden erst im Tagelohn beschäftigt und bekamen einen Hungerlohn von 24 Pfennig pro Stunde.

Japanischer Admiral mit der Bildung der Kriegsregierung beauftragt

Kriegsmanöver der 2. Internationale

Interventionsgefahr wird täglich drohender. Sozialdemokratische Führer appellieren an die imperialistischen Regierungen und verbieten Antikriegskundgebungen

Aus Tokio wird unter dem 22. Mai gemeldet, daß die durch die Ermordung des Präsidenten Inukai hervorgerufene Regierungskrise jetzt eine Wendung erfahren hat, indem der Admiral Graf Saito vom „älteren Staatsmann" Prinz Saionji mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde. Damit ist also ein Führer der Armee mit der Regierungsbildung beauftragt, die unter dem faschistischen Einfluß der Organisation „Schwarzer Drache" das Attentat auf den Präsidenten durchführte, um eine aggressivere Kriegspolitik gegen die Sowjetunion zu erzwingen.

Am Sonnabend hat der neue Führer der Seijukai-Partei, die die Mehrheit im Parlament hat und an deren Spitze der ermordete Inukai stand, eine Rede gehalten, in der er die Wendung der Politik dieser Partei zum faschistischen Kurs des „Schwarzen Drachen" unverhohlen zum Ausdruck brachte und erklärte, daß „mit den Schmeicheleien und Zugeständnissen in der Außenpolitik Schluß gemacht werden müßte."

Parallel mit diesen Mitteilungen gehen Meldungen aus der Mandschurei, wonach die japanischen Truppen ihren Vormarsch auf die Sowjetgrenzen unaufhaltsam weiter fortsetzen. Sie haben die Stadt Sansin besetzt und im Gebiet der Ostchinabahn die Polizeigewalt unter dem Vorwand in ihre Hände genommen, daß Ueberfälle der Truppen des chinesischen Generals Cha zu befürchten seien. Zur selben Zeit wächst aber auch die antijapanische Bewegung der chinesischen Truppen, die in der Mandschurei erfolgreich gegen die Japaner kämpfen.

Manöver der 2. Internationale

Mit der Bildung der Militärregierung spitzt sich die Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion ungeheuer zu. Die 2. Internationale, die bis vor ganz kurzer Zeit diese gewaltige Kriegsgefahr noch leugnete und als „Agitationsmanöver" Sowjetrußlands hinstellte, kann jetzt den Ernst der Situation nicht mehr leugnen.

Ihre Worte!

In Zürich hat das Exekutivkomitee der 2. Internationale eine Tagung abgehalten, auf der es auch eine Entschließung zur Kriegsgefahr angenommen hat. Als Vertreter der SPD nahmen Crispien, Breitscheid und Wels an der Tagung teil.

Die 2. Internationale fordert von ihren Parteien einen „Druck auf die Regierungen", um sie zu veranlassen, „den Angreifer zur Achtung des Friedens" zu zwingen. Die 2. Internationale, die zur Beschönigung Tschapeis und zur Besetzung der Mandschurei **monatelang geschwiegen** hat, fordert jetzt plötzlich die sofortige Räumung Schanghais und der Mandschurei durch die japanischen Streitkräfte. Falls das die Japaner verweigern, sollen die Regierungen ihre gesamten Botschafter aus Japan abberufen; ferner sollen die Imperialisten wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen Japan verhängen.

Die 2. Internationale appelliert also ausgerechnet an die **imperialistischen** Regierungen, sie sollen gegen den räuberischen japanischen Imperialismus vorgehen!

Nach einem **Appell an die Imperialisten,** sie möchten gegen das imperialistische Japan vorgehen, verspricht die Entschließung der 2. Internationale:

„Wenn Japan trotz alledem seine Angriffsvorbereitungen und Drohungen nicht einstellen sollte, so wird (!) die Sozialistische Arbeiterinternationale an den Internationalen Gewerkschaftsbund appellieren, um gemeinsam mit allen Mitteln sich der Herstellung und Verschiffung von Munition, Kriegsmaterial und Waren nach Japan zu widersetzen und alle Schiffe, die aus Japan eintreffen oder dorthin fahren, zu boykottieren."

Hinter den scheinradikalen Versprechungen steht die Tatsache, daß sie in der gegenwärtigen Situation der Kriegsvorbereitung der Arbeiterschaft zu keinerlei Taten auffordert und sie betrügerisch auf ein zukünftiges Handeln der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vertröstet. Auch im Jahre 1912 nahm bekanntlich der Baseler Kongreß der 2. Internationale ein scharfes Manifest gegen den Krieg an, aber es folgte darauf die Praxis vom August 1914.

Die Kräfte der 2. Internationale, das heißt die konterrevolutionären Menschewisten, „die ihre Tätigkeit innerhalb der Grenzen der Sowjetunion entfalten", sollen im Kriegsfall nichts tun, was „zur Lähmung der Verteidigung Sowjetrußlands gegen die japanischen Angriffe führen müßte". Die Enthüllungen des Menschewisten-Prozesses vor dem Moskauer Obersten Gericht haben gezeigt, was von diesen Versprechungen der 2. Internationale zu halten ist,

wie die Menschewiki mit allen Kräften der Konterrevolution bis zum französischen Generalstab zusammenarbeiten.

Die **„Dresdner Volkszeitung"** bringt die Entschließung in ihrer Sonnabendausgabe **ohne Kommentar,** obwohl sie noch am Freitag erklärte, daß eine Mobilisierung der Arbeiterschaft zum Schutze der Sowjetunion **„leider nicht möglich"** sei. Allein diese Tatsache beweist den sozialdemokratischen Arbeitern, daß die Führer ihrer Partei **mit scheinradikalen Phrasen ihre kriegsverbrecherische Politik** vertuschen wollen.

Die Taten der 2. Internationale!

Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Grzesinski hat, gemäß einer Verordnung des sozialdemokratischen Innenministers Severing eine, heute Montag im Lustgarten geplante Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft gegen den drohenden imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion, verboten.

Das Verbot erfolgt einen Tag nach der Beschlagnahme des kommunistischen „Thüringer Volksblattes", das Enthüllungen über Kriegsproduktion für Japan gebracht hatte, durch die Polizei des Sozialdemokraten Severing.

Severing und Grzesinski sind die Männer der 2. Internationale. Ihre Taten — Taten zugunsten der Imperialisten — richten sich gegen den Kampfwillen der Arbeitermassen, der allein das neue Kriegsverbrechen verhindern kann. Wir wenden uns an die sozialdemokratischen Arbeiter, die noch den heuchlerischen Erklärungen der 2. Internationale über ihren Kampf gegen die Kriegsgefahr glauben:

Hier habt ihr die Taten des Panzerkreuzer-Sozialismus! Hier habt ihr die sozialdemokratische Politik als Zutreiber der Imperialisten! Hier habt ihr die Severing-Grzesinski, die die kriegsgegnerische Arbeiterschaft so fesseln und knebeln, wie ein Hitler oder Goebbels!

Die deutsche Arbeiterschaft wird auch diese neue Entschließung der 2. Internationale als ein Dokument des Betruges unter „linker" Maske zu würdigen wissen. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden den Schutz der Sowjetunion in die Tat umsetzen.